

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	25
I. Gegenstand der Arbeit .....	25
II. Gang der Darstellung .....	28
1. Konkrete Zielsetzungen .....	28
a) Bestandsaufnahme .....	28
b) Verfassungsrechtliche und europarechtliche Vorgaben .....	28
c) Zielsetzungen .....	29
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten .....	30
2. Abstrakte Einordnungen .....	30
<b>B. Zielsetzungen der deutschen Mindestlöhne</b> .....	31
I. Tarifgestützte gesetzliche Mindestlöhne .....	31
1. Tariftreuegesetze .....	31
a) Bestandsaufnahme: Stetige Ausweitung bis zur Rüffert-Entscheidung .....	31
b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	35
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	36
(1) Kein Verstoß gegen Art. 9 Absatz 3 GG, Koalitionsfreiheit .....	37
(2) Kein Verstoß gegen Art. 12 Absatz 1 Satz 1 GG, Unternehmerfreiheit .....	37
(3) Kritik an den verfassungsrechtlichen Entscheidungen ..	38
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	40
(1) Entwicklung der Rechtsprechung vor der „Rüffert-Entscheidung“ des EuGH .....	40
(2) „Rüffert-Entscheidung“ des EuGH .....	41
(3) Kritik an der „Rüffert-Entscheidung“ des EuGH ..	43
cc) Ergebnis: Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	45
c) Zielsetzungen: Spezifischer Ausgleich einer Sonderkonstellation .....	45
aa) Darstellung der Zielsetzungen der ursprünglichen Tariftreuegesetze .....	45
(1) Ausgangspunkt: Ausgleich der Sonderkonstellation im Bereich der öffentlichen Aufträge .....	45
(a) Preis als zentraler Faktor .....	46
(b) Wettbewerbsfähigkeit tariflohnzahlender Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen .....	48

(c) Ökonomischer Stellenwert eines Ausschlusses von nationalen öffentlichen Aufträgen .....	49
(d) Gesetzte Anreize und damit erzielte Folgen .....	50
(e) Ergebnis: Ausgleich der Sonderkonstellation im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen .....	50
(2) Verhinderung eines Unterbietungswettbewerbs .....	51
(3) Schutz des deutschen Tarifsystems .....	52
(4) Schutz von inländischen Unternehmen .....	53
(a) Schutz tariflohnzahlender Unternehmen .....	53
(b) Schutz mittelständischer Unternehmen .....	54
(c) Schutz lokaler Unternehmen .....	55
(d) Ergebnis: Schutz von inländischen Unternehmen ..	55
(5) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Entlastung der sozialen Sicherungssysteme .....	55
(6) Sozialer Schutz der Arbeitnehmer .....	57
(7) Öffentliche Sicherheit .....	58
(8) Vorbildfunktion der öffentlichen Hand .....	58
(9) Ergebnis: Darstellung der Zielsetzungen der ursprünglichen Tariftreuregeln .....	59
bb) Kritische Würdigung der Zielsetzungen der ursprünglichen Tariftreuegesetze .....	59
(1) Protektionistische Maßnahme mit falscher Anreizwirkung .....	60
(2) Höhere Kosten für die öffentliche Hand oder Relativierung der sonstigen Effekte .....	61
(3) Abnahme der Zahl der öffentlichen Aufträge .....	62
(4) Umgehung der Marktmechanismen .....	62
(5) Benachteiligung deutscher Unternehmen aus strukturschwachen Gebieten .....	63
(6) Nichtbeachtung und Umgehungsmöglichkeiten der Tariftreuegesetze .....	64
(7) Keine Abstimmung mit anderen tarifgestützten Mindestlöhnen .....	66
(8) Ergebnis: Kritik an den Zielsetzungen der ursprünglichen Tariftreuegesetze .....	67
cc) Ergebnis: Zielsetzungen .....	67
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Neuorientierung nach der Europarechtswidrigkeit .....	68
aa) Tarifgestützte Lösungen .....	69
(1) Verbleibende Anwendungsmöglichkeiten der Tariftreuegesetze in ihrer ursprünglichen Form .....	69
(a) Ursprüngliche Form der Tariftreuegesetze .....	69
(b) Ursprüngliche Form der Tariftreuegesetze bei ausdrücklicher Herausnahme ausländischer Bewerber ..	71

(aa) Verfassungsrechtliche und europarechtliche Zulässigkeit .....	71
(bb) Effektivität der Erreichung der Zielsetzungen . . . . .	74
(cc) Ergebnis: Ursprüngliche Form der Tariftreuegesetze bei Herausnahme ausländischer Bewerber .....	75
(c) Ergebnis: Verbleibende Anwendungsbereiche der Tariftreueeregelungen in ihrer ursprünglichen Form	75
(2) Freiwillige Tariftreueverpflichtungen (zwischenzeitlich Bremen).....	76
(3) Bezug auf allgemeinverbindlichen Tarifvertrag (Niedersachsen) .....	77
(a) Dogmatische Konstruktion .....	77
(b) Verhältnis zu verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben .....	77
(c) Effektivität der Erreichung der Zielsetzungen ....	78
(d) Ergebnis: Bezug auf allgemeinverbindliche Tarifverträge .....	78
(4) Bezug auf das AEntG (Berlin, Bremen, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland) .....	79
(a) Dogmatische Konstruktion .....	79
(b) Verhältnis zu verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben .....	79
(c) Effektivität der Erreichung der Zielsetzungen ....	80
(d) Ergebnis: Bezug auf das AEntG .....	80
(5) Ergebnis: Tarifgestützte Lösungen .....	81
bb) Tarifautonome Lösungen .....	81
(1) Gesetzlich beziffelter vergabespezifischer Mindestlohn (Berlin, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bremen) .....	81
(a) Vergabespezifischer Mindestlohn ohne Einschränkung (Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz) .....	81
(b) Vorgabe eines gesetzlich bezifferten Mindestlohns, soweit die Ausschreibung für andere Mitgliedstaaten „nicht von Bedeutung ist“ (zwischenzeitlich Bremen).....	83
(c) Ergebnis: Gesetzlich bezifferte vergabespezifische Mindestlöhne.....	83
(2) Anknüpfung an das MiArbG (Saarland) .....	84
(3) Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns (Rheinland-Pfalz) .....	84
(4) Ergebnis: Tarifautonome Lösungen .....	85
cc) Andere Wege zur Erreichung der Ziele .....	86

(1) Verstärkte Aufteilung von Aufträgen .....	86
(2) Ignorieren von Vergabevorschriften .....	86
(3) Abschluss zweier getrennter für allgemeinverbindlich zu erklärende Tarifverträge für privaten und öffentlichen Sektor .....	86
dd) Bundes- oder Länderregelung .....	87
e) Ergebnis: Tariftreuegesetze .....	88
2. Allgemeinverbindlicherklärungen .....	89
a) Bestandsaufnahme: Funktionsweise der Außenseitererstreckung über § 5 TVG .....	89
aa) Voraussetzungen einer Allgemeinverbindlicherklärung .....	90
bb) Praktische Entwicklung von Allgemeinverbindlicherklärungen .....	93
b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	94
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	94
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	96
c) Zielsetzungen: Schutz vor Außenseiterarbeitnehmern .....	96
aa) Sozialpolitische Funktion: Schutz für Außenseiterarbeitnehmer .....	97
(1) Darstellung der Zielsetzung .....	97
(2) Kritische Würdigung der Zielsetzung .....	97
(a) Wille des historischen Gesetzgebers .....	98
(b) Entscheidung des BVerfG .....	98
(c) Unpassende Voraussetzung des 50%-Quorums....	99
(d) Sozialer Schutz für Außenseiterarbeitnehmer einzig durch „sozialen Notstand“ .....	100
(e) Antragsserfordernis .....	101
(f) Zurücktreten bei Tarifkonkurrenz .....	101
(g) Systematik im Verhältnis zum MiArbG .....	102
(3) Ergebnis: Schutz für Außenseiterarbeitnehmer (sozialpolitische Funktion) .....	103
bb) Tarifpolitische Funktion: Verhinderung eines Unterbietungswettbewerbs .....	103
(1) Darstellung der Zielsetzung .....	103
(2) Kritische Würdigung der Zielsetzung .....	105
(a) Vorliegen einer wettbewerbsrechtlichen Dimension .....	105
(b) Neoliberale Infragestellung des Nutzens .....	107
(3) Ergebnis: Verhinderung eines Unterbietungswettbewerbs .....	108
cc) Abschottungsfunktion: Schutz vor internationaler Konkurrenz .....	109
dd) Bestandssicherungsfunktion: Sicherung des bestehenden Tarifniveaus .....	111

ee) Organisationsgrad erhöhende Funktion: Stärkung der Koalitionen .....	111
(1) Darstellung der Zielsetzung .....	111
(2) Kritische Würdigung der Zielsetzung .....	112
(a) Trittbrettfahrereffekte auf Arbeitnehmerseite.....	112
(b) Umgehungsmöglichkeiten für Arbeitgeber .....	113
(c) Starke Koalitionen als Ausgangspunkt .....	113
(3) Ergebnis: Stärkung der Koalitionen .....	114
ff) Gleichstellungsfunktion zwischen organisierten und nicht organisierten Arbeitnehmern .....	115
gg) Förderung Gemeinsamer Einrichtungen .....	115
hh) Ergebnis: Zielsetzungen .....	117
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Effektivierung durch Änderungen im Detail? .....	118
aa) Abschaffung der Allgemeinverbindlicherklärungen .....	118
bb) Herabsetzung des 50%-Quorums .....	119
(1) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	119
(2) Attraktivitätssteigerung von Allgemeinverbindlich-erklärungen .....	120
(3) Effektivität der Erreichung der Zielsetzungen.....	120
(4) Ergebnis: Herabsetzung des 50%-Quorums .....	122
cc) Konkretisierung des Kriteriums des öffentlichen Interesses.	122
dd) Änderung der Zusammensetzung des Tarifausschusses .....	123
(1) Einsetzung branchenspezifischer Tarifausschüsse .....	123
(2) Änderung der paritätischen Besetzung des Tarifaus-schusses .....	123
(3) Verzicht auf Zustimmung des Tarifausschusses bei gemeinsamem Antrag .....	124
(4) Auflösung des Tarifausschusses .....	125
(5) Ergebnis: Änderungen der Zusammensetzung des Tarifausschusses .....	125
ee) Ausweitung des Ausnahmetatbestands des „sozialen Notstands“ .....	126
(1) Ausschluss des Antragserfordernisses und der Mit-wirkung des Tarifausschusses.....	126
(2) Vereinfachung der Anforderungen .....	127
(3) Systematisches Zusammenspiel mit dem MiArbG .....	128
(4) Weiter bestehende Probleme .....	128
(5) Ergebnis: Ausweitung des Ausnahmetatbestands des „sozialen Notstands“ .....	129
ff) Dynamischer Verweis auf unterste Tarifentgelte.....	129
e) Ergebnis: Allgemeinverbindlicherklärungen.....	130
3. Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) .....	131

a) Bestandsaufnahme: Weiterentwicklung in drei Schritten .....	131
aa) AEntG 1996: Reaktion auf europäischen Wettbewerbsdruck im Baugewerbe .....	132
(1) Entstehung des AEntG 1996.....	132
(2) Funktionsweise des AEntG 1996 .....	133
bb) AEntG 1999: Hinzufügung einer neuen Erstreckungs- variante .....	136
(1) Grundsätze.....	136
(2) Tarifkonkurrenz .....	137
(3) Verhältnis der beiden Tatbestandsvarianten .....	140
(a) Kein Vorrang der Erstreckung auf Grundlage einer Allgemeinverbindlicherklärung .....	140
(b) Keine analoge Anwendung der Voraussetzungen der Allgemeinverbindlicherklärung .....	141
cc) AEntG 2009: Restrukturierung bei Fortbestand beider Erstreckungsvarianten in abgeschwächter Form .....	142
b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	145
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	146
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	149
cc) Ergebnis: Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	151
c) Zielsetzungen: Aus- und Inlandswirkungen des AEntG .....	152
aa) Zielsetzungen des AEntG 1996: Wettbewerbsschutz für deutsche Unternehmen .....	152
(1) Auslandswirkungen .....	152
(a) Verhinderung eines Lohnkostenwettbewerbs mit Niedriglohnländern .....	152
(b) Förderung der europäischen Sozialentwicklung ...	153
(c) Regelung von branchenbezogenen Sonderkonstel- lationen .....	155
(aa) Wechselnder ortsgebundener Einsatzort .....	157
(bb) Lohnkostenintensität .....	157
(cc) Bestehen von bundesweiten Tarifverträgen ...	157
(dd) Ergebnis: Regelung von branchenbezogenen Sonderkonstellationen .....	158
(d) Schutz entlasster Arbeitnehmer .....	158
(e) Beschäftigungssicherung.....	160
(f) Stärkung der Ordnungs- und Befriedungsfunktion der Tarifautonomie .....	161
(g) Kritik an den Auslandswirkungen .....	162
(2) Inlandswirkungen .....	163
bb) Zielsetzungen des AEntG 1999: Umgehung der Veto-Mög- lichkeit der Arbeitgeberseite im Allgemeinverbindlichkeits- verfahren .....	163
(1) Auslandswirkungen .....	163

(2) Inlandswirkungen .....	163
(a) Darstellung der Inlandswirkungen des AEntG 1999.....	163
(b) Kritik an den Inlandswirkungen des AEntG 1999 .	166
(aa) Zu starker Eingriff des Staates in tarifliche Lohnpolitik .....	166
(bb) Verhältnis zu Allgemeinverbindlicherklärungen	166
cc) Zielsetzungen des AEntG 2009: Ausgewogene Weiterent- wickelung bestehender Aus- und Inlandswirkungen .....	167
(1) Weitergeltung der Zielsetzungen des AEntG 1999 ...	167
(2) Neue Zielsetzungen des AEntG 2009 .....	167
(a) Keine Zäsur in Richtung Inlandswirkung .....	167
(b) Erhebliche Ausweitung der einbezogenen Bran- chen.....	168
(c) Stärkung konsensualer Aspekte bei der Erstre- ckung.....	169
(d) Klarheit durch Systematisierung .....	169
(e) Durch § 1 AEntG 2009 benannte Zielsetzungen...	170
(aa) Schaffung und Durchsetzung angemessener Mindestarbeitsbedingungen (§ 1 Satz 1 Halb- satz 1 AEntG 2009) .....	171
(α) Weiterhin kein Schutz entsandter Arbeit- nehmer.....	171
(β) Nachrangige Bedeutung des sozialen Schutzes bei regelmäßig im Inland Be- schäftigten .....	172
(bb) Gewährleistung fairer und funktionierender Wettbewerbsbedingungen (§ 1 Satz 1 Halb- satz 2 AEntG 2009) .....	173
(cc) Beschäftigungssicherung (§ 1 Satz 2 Halb- satz 1 AEntG 2009) .....	174
(dd) Wahrung der Ordnungs- und Befriedungsfunk- tion der Tarifautonomie (§ 1 Satz 2 Halbsatz 2 AEntG) .....	175
dd) Ergebnis: Zielsetzungen.....	175
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Umgang mit wach- sender Europäisierung.....	176
aa) Ausdehnung des AEntG auf alle Branchen.....	176
bb) Lösungen über das Internationale Privatrecht .....	177
cc) Europäische Tarifverträge .....	179
e) Ergebnis: Arbeitnehmer-Entsendegesetz.....	182
4. Ergebnis: Tarifgestützte gesetzliche Mindestlöhne .....	182
II. Tarifunabhängige gesetzliche Mindestlöhne.....	183
1. Verbot des Lohnwuchers .....	183

a) Bestandsaufnahme: Konkretisierung der allgemeinen Sittenwidrigkeitskontrolle des BGB .....	183
aa) Voraussetzungen .....	186
(1) Objektives Element: Auffälliges Missverhältnis .....	186
(a) Vergleichsmaßstab des „üblichen Lohns“ .....	186
(b) Einordnung als auffälliges Missverhältnis.....	187
(2) Subjektives Element: Ausnutzung einer Schwächesituation (Absatz 2) und andere sittenwidrige Umstände (Absatz 1) .....	190
(a) Ausnutzung einer der enumerierten Schwächesituationen (Absatz 2) .....	190
(b) Andere sittenwidrige Umstände (Absatz 1) .....	191
bb) Rechtsfolgen.....	192
b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	193
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	193
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	194
c) Zielsetzungen: Punktuerer Schutz vor „Marktausreißern“ .....	196
aa) Übernahme der Zielsetzungen des allgemeinen Wuchertatbestands des § 138 BGB .....	196
bb) Schutz einzelner Arbeitnehmer vor „Marktausreißern“ .....	197
cc) Mittel gegen „Lohndumping“ und soziale Verwerfungen ..	199
dd) Ergebnis: Zielsetzungen .....	200
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Keine Notwendigkeit einer gesetzlichen Normierung des Verbots des Lohnwuchers .....	201
aa) Konservativer Ansatz: Normierung der Rechtsprechung zum Verbot des Lohnwuchers .....	201
(1) Darstellung der Grundsätze der Rechtsprechung.....	202
(2) Kritische Würdigung der Normierung der Rechtsprechung zum Lohnwucher .....	203
bb) Progressiver Ansatz: Objektivierung des Tatbestands.....	205
(1) Darstellung des progressiven Ansatzes.....	205
(2) Kritische Würdigung des progressiven Ansatzes.....	206
(a) Bestehende Verobjektivierungstendenzen ausreichend .....	206
(b) Verschlechterung der Rechtslage für Löhne knapp über einem normierten Schwellenwert .....	208
(c) Keine weitreichende Rechtssicherheit wegen verbleibender Unsicherheit hinsichtlich des heranziehenden Vergleichslohns .....	209
(d) Systemwidrigkeit einer Verobjektivierung.....	209
(e) Ergebnis: Kritische Würdigung des progressiven Ansatzes .....	211
cc) Gemischte Ansätze.....	212

dd) Entwurf eines Mindestlohngesetzes nach Bietmann .....	212
ee) Koppelung des Lohnwuchers an Tariflöhne .....	214
ff) Einführung örtlicher Lohnspiegel .....	215
gg) Einführung einer absoluten Untergrenze durch eine Anknüpfung an die Sozialhilfe.....	216
hh) Ausgestaltung im Sinne des Sandhaufentheorems .....	217
ii) Ergebnis: Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten .....	218
e) Ergebnis: Verbot des Lohnwuchers .....	219
2. Mindestarbeitsbedingungengesetz .....	220
a) Bestandsaufnahme: Schattendasein seit 1952 .....	220
aa) MiArbG 1952: Absicherung in der Nachkriegszeit .....	221
bb) MiArbG 2009: Modernisierung als Kompromiss der Großen Koalition .....	223
(1) Niedrigere Voraussetzungen .....	224
(2) Beibehaltung eines komplizierten Verfahrens .....	226
(3) Rechtsfolgen: Internationale Wirkung – in der Theorie	227
b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	229
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	229
(1) Schwere des Grundrechtseingriffs .....	229
(2) Verstoß gegen Freiheitsrechte.....	231
(3) Verstoß gegen Gleichheitsrechte .....	232
(4) Ergebnis: Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	234
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	234
(1) Grundsätzliche Europarechtskonformität.....	234
(2) Diskriminierende Beschränkung des § 8 Absatz 2 MiArbG 2009 auf deutsche Tarifverträge .....	235
(a) Anhaltende Diskriminierung bei Einbeziehung ausländischer Tarifverträge in den Schutzbereich des § 8 Absatz 2 MiArbG 2009 .....	236
(b) Diskriminierungsunabhängige Europarechtswid- rigkeit des begrenzten Tarifvorangs nach § 8 Absatz 2 MiArbG 2009 .....	237
(3) Ergebnis: Europarechtliche Vorgaben .....	238
c) Zielsetzungen: Von indirekten Wirkungen zur Wirkungslosig- keit .....	238
aa) MiArbG 1952.....	238
(1) Direkte Wirkungen durch die Festsetzung von Min- destarbeitsbedingungen .....	238
(2) Indirekte Wirkungen durch die bloße Schaffung der Möglichkeit der Festsetzung von Mindestarbeitsbedin- gungen .....	239
bb) MiArbG 2009.....	240
(1) Keine Fortgeltung der Zielsetzungen des MiArbG 1952	240

(a) Keine Fortgeltung der indirekten Zielsetzungen . . . . .	240
(b) Keine Fortgeltung der direkten Zielsetzungen . . . . .	241
(2) Neue Zielsetzungen nach der Reform 2009 . . . . .	241
(a) Verhinderung „sozialer Verwerfungen“ . . . . .	241
(aa) Progressives Verständnis (Variante 1): Gewährleistung „angemessener Arbeitsbedingungen“ . . . . .	242
(α) Rolle der Fachausschüsse . . . . .	242
(β) Vergleich zu anderen Arbeitsbedingungen arbeitsrechtlicher Spezialgesetze . . . . .	243
(bb) Konservatives Verständnis (Variante 2): Vorgabe einer untersten Lohngrenze . . . . .	244
(α) Zweifel am Maßstab der „angemessenen Arbeitsbedingungen“ . . . . .	244
(β) Betonung des Wortlauts . . . . .	247
(γ) Einführung der Tariffestigkeit von MiArbG-Mindestlöhnen . . . . .	248
(cc) Darstellung der Gegensätze in Variante 1 und 2 . . . . .	249
(dd) Auflösung der Gegensätze in Variante 1 und 2 . . . . .	250
(α) Schritt 1: Hauptausschuss stellt „soziale Verwerfungen“ in einem Wirtschaftszweig fest . . . . .	250
(β) Schritt 2: Fachausschuss setzt erforderli- che Höhe eines Mindestlohns fest . . . . .	252
(ee) Ergebnis: Verhinderung „sozialer Verwerfun- gen“ . . . . .	253
(b) Ausbruch aus dem „Schattendasein“ . . . . .	253
(c) Systematische Ergänzung der anderen Mindest- löhne . . . . .	255
(d) Mehreinnahmen des Fiskus und der Sozialversi- cherungsträger . . . . .	256
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Klarstellungen zur Praxistauglichkeit . . . . .	257
aa) Klarstellung der Definition von „sozialen Verwerfungen“ in § 3 Absatz 1 Satz 2 MiArbG 2009 . . . . .	257
bb) Streichung der Aufzählung des § 4 Absatz 4 Satz 3 Nrn. 1–3 MiArbG 2009 . . . . .	258
cc) Umbenennung des Gesetzes in „Mindestlohngesetz“ (MiLoG) . . . . .	259
e) Ergebnis: Mindestarbeitsbedingungengesetz . . . . .	260
3. Einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn (de lege ferenda) . .	260
a) Bestandsaufnahme: Dauerdiskussion um die Einführung . .	260

b) Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	263
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben: Nur das „Notwendige“, nicht das „Angemessene“ .....	263
(1) Verstoß gegen Freiheitsrechte: Unternehmer- und Koalitionsfreiheit .....	263
(a) Geeignetheit .....	264
(b) Erforderlichkeit .....	265
(c) Angemessenheit .....	266
(2) Verstoß gegen Gleichheitsrechte .....	269
(3) Ergebnis: Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	270
bb) Europarechtliche Vorgaben .....	270
c) Zielsetzungen: Der Mythos der eigenständigen Existenzsicherung .....	272
aa) Darstellung der vorgebrachten Zielsetzungen eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns .....	272
(1) Existenzsicherung der Arbeitnehmer .....	272
(2) Teilhabe aus eigener Vollzeitarbeit .....	273
(3) Entlastung der öffentlichen Hand durch Senkung sozialrechtlicher Transferleistungen .....	275
(4) Lückenloser Lohnschutz .....	277
(5) Hohe Praktikabilität durch Maximierung des Bekannt- heitsgrades der Mindestlohnregelung .....	277
(6) Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter .....	278
(7) Verhinderung eines Unterbietungswettbewerbs .....	279
bb) Kritische Würdigung der Zielsetzungen .....	280
(1) Zielgenauigkeit durch starke Pauschalierung .....	280
(a) Unterbezahlung von unterhaltspflichtigen Arbeit- nehmern .....	281
(b) Überbezahlung von Vermögenden .....	283
(c) Keine Berücksichtigung von Unterschieden regio- naler Lebenshaltungskosten .....	284
(d) Ergebnis: Zielgenauigkeit durch starke Pauscha- lierungen .....	285
(2) Verhältnis eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns zu sozialrechtlichen Transferleistungen ..	286
(a) Ausgangslage: Nebeneinander von Erwerbsein- kommen und sozialrechtlichen Leistungen als Grundprinzip des SGB II .....	286
(b) Niedriglohn als eine von vielen Ursachen einer trotz Erwerbstätigkeit verbleibenden Bedürftigkeit ..	287
(c) Folgen für die Erreichung der Hauptzielsetzung der eigenständigen Teilhabe aus einer Vollzeitar- beit .....	290

(d) Verbleibende Zielgruppe der alleinstehenden Vollzeitbeschäftigen .....	291
(e) Einführung eines Mindestlohns aus Sicht der Arbeitgeber .....	293
(f) Ergebnis: Verhältnis eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns zu sozialrechtlichen Transferleistungen .....	294
(3) Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland .....	294
(4) Verminderung des Anreizes zum Abschluss von Tarifverträgen .....	298
(5) Umgehungsmöglichkeiten .....	299
(6) Einschränkung des Marktes als Informationsquelle ..	301
cc) Ergebnis: Zielsetzungen .....	302
d) Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten: Wahlkampffähige Konzeptionen ohne Blick auf bestehende Mindestlöhne .....	302
aa) Einführung eines System „dualer Mindestlöhne“ im Sinne der Bundestagsfraktion Die Linke .....	302
bb) Einführung eines Mindestlohns nach Vorbild der Regelung in Großbritannien im Sinne der Gesetzesinitiative der Landesregierung Rheinland-Pfalz .....	303
cc) Einführung einer europäischen Mindestlohnpolitik .....	305
dd) Einführung eines tarifdispositiven flächendeckenden Mindestlohns .....	307
ee) Relation eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns zu den bestehenden Mindestlöhnen .....	308
ff) Ergebnis: Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten ..	310
e) Ergebnis: Einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn .....	311
4. Ergebnis: Tarifunabhängige gesetzliche Mindestlöhne .....	312
<b>C. Einordnung der Zielsetzungen der dargestellten Mindestlöhne .....</b>	313
I. Ausgangspunkt: Ausgleich des allgemeinen arbeitsrechtlichen Ungleichgewichts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern .....	313
II. Art der Eingriffe in den freien Markt .....	315
1. Gesetzlicher Zwang zu Marktkonformität (marktvermittelnd) .....	316
2. Gesetzlicher Zwang zu Marktüberschreitung (marktabweichend) ..	316
3. Ergebnis: Eingriffe in den freien Markt .....	317
III. Art der angewendeten Maßstäbe .....	317
1. Rein relative Maßstäbe .....	317
2. Absolute Maßstäbe mit relativen Elementen .....	318
3. Ergebnis: Art der angewendeten Maßstäbe .....	319
IV. Tarifgestützte und tarifunabhängige Mindestlöhne .....	319
V. Einordnung von Gerechtigkeitsansätzen .....	320
1. Leistungsgerechtigkeit .....	321
2. Bedarfsgerechtigkeit .....	322

3. Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit .....	323
4. Bloße Verhinderung von negativen Marktentwicklungen.....	324
VI. Lohn und sein Verhältnis zu anderen Arbeitsbedingungen .....	326
VII. Ergebnis: Einordnung der Zielsetzungen der dargestellten Mindestlöhne .....	327
<b>D. Schlussfolgerungen für eine zielgerichtete Weiterentwicklung gesetzlicher Mindestlöhne in Deutschland .....</b>	<b>329</b>
I. Einführung eines bundeseinheitlichen Tariftreuegesetzes .....	329
II. Beibehaltung der Allgemeinverbindlicherklärung im Sinne des § 5 TVG.....	331
III. Schrittweise Erreichung der AEntG-Ziele auf europäischer Ebene ...	332
IV. Veröffentlichung von örtlichen Lohnspiegeln zur Stärkung des § 138 BGB.....	334
V. Einführung eines niedrigschwlligen, einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns in Verbindung mit einer Qualifizierungsoffensive .....	335
VI. Abschaffung des MiArbG .....	339
<b>E. Gesamtergebnis .....</b>	<b>340</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>346</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>365</b>